

Am 17. Juli 2024 fand im Landtag von Baden-Württemberg die Debatte über den Volksantrag „Ländle leben lassen – Flächenfraß stoppen“ statt.

Auch wenn der Antrag abgelehnt wurde, war die Debatte doch ein Beispiel für Ehrlichkeit und Sachlichkeit in der Landespolitik.

!!! Warnhinweis: Text kann Spuren von Satire enthalten !!! 😊



Der Volksantrag passt in die Zeit, er hat eine breite Unterstützung, und die Initiatoren verdienen unsere Anerkennung. Gleichzeitig gibt es große Ansprüche an die Flächen, die auch ihre Berechtigung haben. Es gibt also keine einfache Lösung. Dass eine Netto-Null nicht möglich ist, ist auch den Initiatoren des Volksantrages bewusst. Dass aber die Reduktion des Flächenverbrauchs auf 2,5 ha pro Tag möglich ist, davon sind wir überzeugt, das zeigen viele gute Beispiele und das sagen selbst die Gutachter des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen (MLW).

Wir haben gekämpft für diesen Volksantrag. Es ist uns aber nicht gelungen, unseren Koalitionspartner und eine Mehrheit des Landtages davon zu überzeugen. Manchmal muss man in der Politik auch Niederlagen einstecken, und hier haben wir eine, die ein zentrales Nachhaltigkeitsthema berührt.

Wir bedauern insbesondere, dass sich der Koalitionspartner auch jedem Kompromiss verweigert hat. Sonst wären wir auf die Initiatoren des Volksantrages zugegangen und hätten gesagt: „Hört mal, eins zu eins können wir den Antrag nicht übernehmen. Lasst uns diskutieren, wo wir uns einigen können und welche Kompromisse wir finden.“ So wie wir es erfolgreich beim Volksbegehren „Rettet die Bienen“ gemacht haben.

Was haben wir als Trost für das Bündnis aus Naturschützern, Bauern und vielen weiteren? Wir werden mit Argusaugen beobachten, was das MLW in den Landesentwicklungsplan schreibt und was in dem „Aktionsplan Flächensparen“ stehen wird. Und wir laden das Bündnis ein, diesen Prozess kritisch zu begleiten.

Es war die CDU, die Ende der 70er-Jahre erstmal darauf hingewiesen hat, dass der Flächenverbrauch ein Problem ist. In einer großen Anfrage wurde erstmals eine Datenbasis geschaffen, die seither vom Statistischen Landesamt fortgeführt wurde. Und damals lag die Siedlungs- und Verkehrsfläche noch bei 10 % - heute bei 14 %. Eine Zunahme um 40 %. Es ist aller Ehren wert, sich gegen diese Entwicklung zu stemmen.

Allerdings hat seither auch die Bevölkerung des Landes um 14 % zugenommen, was etwa die Hälfte des Flächenverbrauches erklärt. Zudem ist diese Bevölkerung deutlich reicher und kann sich mehr Wohnraum und mehr Siedlungsfläche leisten.

Auch wir wissen, dass die Innenentwicklungspotenziale für Jahrzehnte ausreichen würden, jeden Flächenbedarf zu decken. Aber das ist wegen der Besitzstrukturen deutlich aufwändiger, als neue Baugebiete zu schaffen. Und die Leute bauen sich lieber Einfamilienhäuser als eine Etagenwohnung, solange Baugrund noch so günstig ist wie im ländlichen Raum. Wir möchten den Gemeinden nicht zumuten, verpflichtend Innenentwicklung zu betreiben, sondern möchten sie lieber mit Fördermitteln ermuntern. Die CDU ist eine stark kommunal verankerte Partei, und unabhängig von Thema und Sachlage werden wir niemals etwas beschließen, das von den Kommunen so vehement abgelehnt wird wie verbindliche Vorgaben zum Flächenverbrauch.

Freilich, wir könnten Gesetze ändern, um den Kommunen die Innenentwicklung zu erleichtern. Das würde aber Beschränkungen für das Privateigentum bedeuten. Das geht mit uns nicht.



Die SPD hat als erste und einzige Partei den Volksantrag begrüßt. Wir sind den Initiatoren dankbar, dass sie die Aufmerksamkeit auf dieses bisher vernachlässigte Thema gelenkt haben.

Natürlich ist es ein konflikträchtiges Thema. Wir brauchen Wohnungen, wir brauchen Arbeitsplätze, und wir brauchen Flächen für die Energiewende. Das will auch die SPD.

Wir sind aber der Meinung, dass wir bei der Effizienz der Flächennutzung bisher geschlafen haben. Wir haben geduldet, dass großflächige Parkplätze und Einzelhandel sich eingeschossig ausgebreitet haben. Wir haben geduldet, dass im ländlichen Raum großflächige Einfamilienhausgebiete neu entstanden sind, obwohl die Ortskerne verödeten, Häuser verfallen und Einzelgrundstücke große Flächen einnehmen. Wir hätten viel Flächen sparen können - nicht unbedingt in den Ballungsräumen, wo schon aus Kostengründen Fläche effizienter genutzt wird und wo echte Wohnungsnot besteht. Die hunderte §13-b-Bebauungspläne sind aber nicht dort entstanden!

Wir klagen die Landesregierung an, dass sie nicht zu ihren Versprechen steht - wobei die Netto-Null - ursprünglich eine Idee Günther Oettingers - heute niemand mehr ernsthaft fordern kann. Und wir klagen die CDU und die FDP an, dass sie aus ideologischen Gründen den Kommunen die Instrumente verweigern, um effektiv Innenentwicklung betreiben zu können. Das geht nicht ohne Eingriffe ins Eigentum, das nach unserer Verfassung nicht heilig ist, sondern dem Gemeinwohl unterworfen.





Die FDP ist eine freiheitliche Partei, sie setzt auf die Eigenverantwortung der Bürger und der Kommunen und bevorzugt marktwirtschaftliche Lösungen statt Ordnungsrecht. Deshalb sind wir nicht für die Zuteilung fixer Kontingente an die Kommunen, sondern für handelbare Kontingente. Ein Ziel vorgeben, den Akteuren aber die Wahl der Mittel zu überlassen, das ist für uns freiheitliche Politik.

Das Ziel einer Halbierung des Flächenverbrauchs ist berechtigt und nötig, wenn wir künftigen Generationen noch Spielräume überlassen wollen. Geben wir eine Obergrenze vor und überlassen es dem Markt unter den Kommunen, wie und wo diese Grenzen möglichst effizient eingehalten werden können! Die bisherige manchmal ruinöse Konkurrenz der Kommunen um Gewerbe und Einwohner wird zu einer Qualitätskonkurrenz um die effektivste Flächennutzung werden.

Aber wird das nicht die Baukosten und damit die Mietkosten erhöhen? Im Ballungsraum eher nicht, wo mögliche Kontingente schon mangels Fläche nicht ausgeschöpft werden können. Im ländlichen Raum schon, und da ist es auch nötig. Wenn manche Kommunen damit werben, Gewerbebauland für 30 € den Quadratmeter anzubieten, wenn sie weiter entgegen der stadtplanerischen Expertise und den Prinzipien der Raumordnung Einfamilienhausgebiete ausweisen, dann ist dort offenbar Bauland zu günstig.

**Freie
Demokraten**



Es bedurfte unserer Partei, darauf hinzuweisen, dass der Flächenverbrauch ebenso wie die Fläche selbst zwei Dimensionen hat: die Zahl der Menschen und ihre spezifischen Flächenansprüche. Auch bei gleichbleibenden Ansprüchen wird deshalb mehr Fläche benötigt, wenn die Bevölkerungszahl durch Zuwanderung massiv zunimmt. Und die Zuwanderung besteht nicht nur aus schutzbedürftigen Flüchtlingen, die auch wir willkommen heißen, sondern in deren Windschatten zahlreiche Menschen, die einfach nur Arbeit suchen. Individuell verständlich und legitim, aber wollen wir das und verkräften wir das?

Wir sprechen uns gegen die vorherrschende nationalzentrierte Wirtschaftspolitik aus: möglichst viel Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft nach (Süd-)Deutschland zu ziehen. Stichwort Ansiedlungsinitiative des Landes. Welchen Sinn macht es, große Neuansiedlungen bei uns zu machen, wenn wir gar keine Arbeitskräfte mehr dafür haben und sie aus dem Balkan oder noch weiter holen müssen? Sie würden vermutlich lieber in ihren Heimatländern bleiben, wenn sie dort wirtschaftliche Perspektiven hätten.

Der Volksantrag adressiert vor allem die Effizienz der Flächennutzung. Das ist gut, und damit ist die Halbierung des Flächenverbrauchs möglich. Die Netto-Null wird nur möglich sein, wenn wir die Einwanderung in den Griff bekommen - durch Bekämpfung der Fluchtursachen in den Heimatländern. Da müssen wir mit unserer Mutterpartei ein ernstes Wort sprechen, Stichwort Ukrainekrieg. Und durch eine solidarische Wirtschaftspolitik, die sich auch über Industrieansiedlungen in Bulgarien und Rumänien freut.

Was die Abgeordneten in der Debatte *WIRKLICH* gesagt haben, können Sie hier sehen:

https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2024/20240717_sitzung101_2.html?t=0 (Minute 1:39:00 TOP 7)

Der Landtag hat mehrheitlich den folgenden Text eines Entschließungsantrages der Regierungsfractionen beschlossen:

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen,

dass Fläche eine zentrale, aber begrenzte Ressource ist, weshalb sorgsam mit ihr umgegangen werden muss;

II. die Landesregierung aufzufordern,

1. im Sinne der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung die Inanspruchnahme bislang unbebauter Flächen für Siedlung und Verkehr weiter zu reduzieren und hierfür im Landesentwicklungsplan geeignete Festlegungen zu treffen;
2. weitere Maßnahmen, wie zum Beispiel den Aktionsplan Flächensparen, zu ergreifen, um die maßgeblichen Akteure dabei zu unterstützen, sorgsamer mit dem begrenzten Gut Fläche umzugehen.

Der FDP ging selbst dieser substanzlose und weichgespülte Antrag zu weit:

„Aus dem Satz ‚maßgebliche Akteure unterstützen sparsamer mit Fläche umzugehen‘ kann man ein Misstrauen gegenüber Kommunen interpretieren. Wir brauchen die Kommunen nicht anhalten sparsamer mit Fläche umzugehen.“

Das möge jeder selbst bewerten.